

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

151 (7.7.1910) 1. Blatt

ung gemacht wurde. Seit einigen Jahren aber ist es mäschenförmig geworden. Es wurde nämlich in der Zwischenzeit eine Erhebung veranstaltet, welche gerade das gegenteilige Resultat ergeben hat. Am 1. Dezember 1906 wurden alle in den Kasernen befindlichen Soldaten und Unteroffiziere befragt, 1. woher sie stammen, 2. wo ihre Eltern geboren seien, 3. Art des Berufes der Soldaten und der Eltern. Diese Erhebung war eine sehr eingehende und gerechte und sie brachte ein geradezu verblüffendes Resultat. Nach dieser einwandfreien Untersuchung stammt nämlich der größte Teil unserer Soldaten aus kleinen ländlichen Gemeinden. Rechnet man die Städte bis zu 5000 Einwohnern noch zu diesen, so stammen über drei Viertel aller Soldaten aus ländlichen Gemeinden. Es waren geboren in Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern 64,15 Prozent, in Gemeinden mit 2-5000 Einwohnern 11,27 Prozent, mit 5-20000 Einwohnern 11,08 Prozent, mit 20-100000 Einwohnern 7,37 Prozent, in Gemeinden von 100000 und mehr Einwohnern 6,14 Prozent; während gegenwärtig der größte Teil der Bevölkerung des deutschen Reichs in Gemeinden von mehr als 2000 Einwohnern lebt, waren also im Jahre 1906 noch fast zwei Drittel der in Dienst befindlichen Militärpersonen in ländlichen Gemeinden geboren. Schon diese eine Tatsache sagt mehr als genug. Nun wird die Frage aber noch ganz anders, wenn man fragt: wieviel Rekruten haben nun die einzelnen Gemeinden tatsächlich geliefert? Und da kommt man zu dem praktischen Resultat, je größer die Gemeinde, desto weniger Rekruten stellt sie. Die Großstädte bringen 65 Prozent ihres Soldatenbedarfs auf; die Mittelstädte 83 Prozent; die Kleinstädte 86 Prozent; die ländlichen Gemeinden dagegen 114 Prozent. Will man aber ganz gerecht vorgehen und die Frage beantworten, wie wird in Zukunft die deutsche Rekrutenquelle fließen, wo immer mehr Leute in die Städte ziehen, so ist die Antwort eine höchst betrübende. Es zeigt sich nämlich in der Statistik, daß die Väter der meisten Rekruten auf dem platten Lande geboren sind; es zeigt sich weiter, daß alle jene Familien am wenigsten Rekruten liefern, die schon einige Generationen hindurch in den Großstädten gelebt haben. Ueber allen Zweifel fest steht also, daß das Land, d. h. die Landwirtschaft, die meisten Rekruten liefert, daß zu den großen Ausgaben, welche die Ableistung der Wehrpflicht mit sich bringt, die Landwirtschaft weit mehr beiträgt, als alle andern Stände. Wenn man vollends eine Statistik darüber aufmachen könnte, wieviel denn die Kreise der Großbanken und Finanzwelt an Soldaten stellen, so würde das Mißverhältnis ein recht großes; denn es kann nicht als genügend angesehen werden, wenn die Tochter eines Bankiers einen Offizier heiratet.

Seitdem nun dieses Resultat feststeht, schweigt die liberale Presse, es schweigt der Sanjabund. Warum wohl? Man weiß auch in diesen Kreisen, daß man mit den Millionen des Sanjabundes wohl eine Wohlthat schlagen kann, aber keine Schlacht gegenüber einem Feinde. Wir aber werden nicht unterlassen, immer wieder auf dieses Resultat hinzuweisen, schon um zu begründen, daß ein ausgiebiger landwirtschaftlicher Schutz die beste Maßnahme zur Erhaltung unserer Wehrkraft ist.

Deutschland.

Berlin, 7. Juli 1901.

Zur Reichs-Verfassungsordnung. Die Reichstagskommission für die Reichsverfassungsordnung hat heute den § 377 (rechtliche Beziehungen der Krankenkassen und der Ärzte) ohne wesentliche Änderungen gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen angenommen, ferner den dazu gehörenden Antrag der Polen, wonach ein Arzt aus religiösen und politischen Gründen nicht von der Behandlung von Krankenmitgliedern ausgeschlossen werden darf.

Rheinbaben contra Bethmann-Hollweg. Was man in eingeweihten Kreisen schon längst mußte, das geschieht jetzt in der „Kreuzzeitung“, nämlich, daß zwischen diesen beiden Staatsmännern Meinungsverschiedenheiten politischer Art bestehen, die nicht auszugleichen sind; an parteipolitische Gegensätze denken wir dabei natürlich nicht, denn ein Parteiminister war Freiherr v. Rheinbaben nie, aber allerdings läßt sein Nichttritt Schluß zu auf die Richtung, in der sich die Politik des Herrn v. Bethmann-Hollweg bewegen will und die liberale Presse jetzt sich davon recht befreudigt. So das führende konservative Organ, daß mit dem Finanzminister recht gut befreundet ist. Vor ungefähr 4 Wochen ließ es, der liberale Dornberg gehe, weil ihm die Politik des Ministeriums nicht gefalle. Jetzt scheidet der konservative Rheinbaben aus und zwar lediglich wegen politischer Gegensätze. Preisfrage, welche Politik treibt nun Herr v. Bethmann-Hollweg. Die Entlassung des Finanzministers muß das Mißtrauen in Zentrumskreisen erst recht misstrauen gestalten.

Wismar als Steuerzahler. Zu der von uns erwähnten Mitteilung des Herrn v. Gerlach schreibt man der „Vfm. Volksztg.“: „Zu diesem Kapitel möchte ich Ihnen eine Aeußerung eines hochangesehenen Herrn aus einem Privatgespräch erwähnen, die zu der Erinnerung des Verwaltungsbeamten in direktem Gegensatz steht. In einer kleinen Berliner Abendgesellschaft von Geheimräten und Professoren, die ein Unterstaatssekretär zu sich geladen hatte, kam auch die Rede auf den Fürsten Wismar als Steuerzahler. Einer der Herren erwähnte im Laufe der Unterhaltung, daß er eine Deklaration des Fürsten beanstandet habe, weil dieselbe nach seiner Information zu niedrig erscheine. Wegen dieser Entscheidung glaubte er, in seiner amtlichen Laufbahn großen Schaden zu haben. Aber das gerade Gegenteil sei in Wirklichkeit geschehen. Der Fürst habe von der Entscheidung der Kommission Kenntnis erhalten und sich damit abgefunden. Er als Vorsitzender habe keinerlei Schwierigkeiten bezogen gehabt, sei jüngst befördert worden und bei einem gelegentlichen dienstlichen Zusammenstehen mit dem Reichsfinanzminister zu seinem Advancement beglückwünscht worden. Wenn also auch Wismar in Geldsachen im allgemeinen „knauerig“ war, so muß man doch seinen Gerechtigkeitsinn in diesem Punkte hoch anerkennen.“

Wie die Religion eines liberalen „Katholiken“ aussieht. In einer liberalen Versammlung zu Dachsen hat nach dem „Bayerischen Kurier“ ein Dr. Fischer aus Landsberg folgende interessante Ausführungen gemacht: Wir (Die Liberalen, D. Red.) bekämpfen

die Religion des Pharisäertums, von der der Heiland selbst jagt: Ich muß die Reize nehmen und meinen Tempel wieder reinigen von denen, die ihn schmutzig gemacht haben, die Religion, die einen Kreis auf dem Thron des Nachfolgers (Petri) sitzen hat, der sich als Stellvertreter Christi bezeichnet — ich betone, ich bin selbst Katholik, — und der sich nicht scheut, wenige Tage, nachdem der deutsche Kaiser einem Akt ein wertvolles Kreuz überreicht hat, die mit uns lebenden protestantischen Mitbürger in schändlicher Weise zu beschimpfen.“ (Wohl riefen da einige liberale Religionsfreunde.) — Die Religion, die „den Kreis auf dem Stuhle Petri sitzen hat“, ist die katholische Religion und Herr Dr. Fischer erklärt hier offen, daß die Liberalen diese bekämpfen.

Eine energische Aeußerung läßt die „Kreuzzeitung“, Nr. 299 vom 30. Juni, der „Deutsch-Evangelischen Korrespondenz“ zuteil werden, die sich durch die Betrachtung des konservativen Blattes über das Verhalten gewisser Blätter gegenüber dem Notwendigkeit zwischen Berlin-Nom über die Vorwärtungs-Engliffa getroffen fühlte. Die „Kreuzzeitung“ antwortet, es gelte stets als Offenbarung eines schlechten Gewissens, wenn jemand ohne genannt zu werden, sächlich begründeten Vorwürfen gegenüber aufzuziehe und schimpfe und fordert, daß die „Korrespondenz“, „richtig zitiere“, wenn sie von den Darlegungen anderer ihren Lesern Kunde gebe. Im Anschluß daran wird der „Korrespondenz“ folgende treffende Charakterisierung vorgehalten:

Die treuen deutschen Protestanten, als deren unterbene und absolut ungenügende Wortführer die „Deutsch-Evangelische Korrespondenz“ sich aufwirft, sind es wahrlich nicht, denen unsere Betrachtungen gelten, sondern die tendenziösen Schürer des konfessionellen Hasses, die nichts als liberales Parteinteresse im Auge haben, wenn sie angeblich in Sorgen um die Wahrung der protestantischen Interessen aufgehen. Die Zeit und Weise, mit der die „Korrespondenz“ unsere Ausführungen kritisiert, um anler nationales Wohlgefühl und evangelisches Selbstgefühl zu verächtigen, grenzt nahe an Fälschung. Warum getraut sich das Blatt nicht, wenigstens einige Sätze aus unseren Ausführungen wiederzugeben? Offenbar fürchtet es dann einen Einbruch auf seine Leser der seinen weiteren Schürern nicht einträglich sein dürfte. Deshalb geht die „Korrespondenz“ nicht auf unsere Frage ein, ob es denn im nationalen oder auch im evangelischen Interesse liege, den Erfolg, den Preußen-Deutschland nach zahlreichen Zeugnissen verdankt und objektiv urentendler Männer und Zeitungen zweifellos beim Papst absongetragen hat, zu verkümmern und die Sade so darzustellen, als wenn der Papst eigentlich getrag und Preußen dupiert hätte? Auf diese Frage eine Antwort zu geben, ist allerdings schwieriger, als zu fälschen und zu schimpfen. Aber eine evangelische ist das nicht.“

Auch folgende Aeußerungen im konservativen „Reichsboten“ (Nr. 153), der sonst zu den romfeindlichsten Blättern gehört, sind sehr bemerkenswert:

„Andererseits muß aber auch erkannt werden, daß das Zentrum als eine Vertretung des katholischen Volkes nicht ausgeschaltet werden kann und darf, sondern für die Zwecke des Reiches benutzt werden muß. Ueberdies verbietet uns unsere evangelische Toleranz und Friedensliebe, eine feindselige Stellung gegen das Zentrum einzunehmen. Wir haben in allen unseren Protesten gegen die Engliffa betont, daß wir mit unseren katholischen Brüdern einträchtig und in Frieden leben wollen; das müssen wir auch beibehalten, soweit das Zentrum sich national und tolerant verhalten mag; es darf auch nicht verkannt werden, daß das Zentrum die nationale Wirtschaft und Sozialpolitik mitgemacht hat. Ohne oder gegen das Zentrum hätte diese Politik gar nicht gemacht werden können, und auch jetzt wäre gegen das Zentrum keine nationale Politik zu machen, zumal der Freisinn sich durch seine Verbindung mit der Sozialdemokratie völlig unzuverlässig erwiesen hat.“

Wassermann lehnt angeblich eine Kandidatur ab. Die „Pfalz. Kr.“ erzählt aus ganz zuverlässiger Quelle, daß der Vorstand der nationalliberalen Partei für die Wahlkreis Saarbrücken dem Abg. Wassermann für die kommende Reichstagswahl die Kandidatur angetragen habe, Wassermann habe jedoch abgelehnt, und zwar, weil der rechte Flügel der Nationalliberalen, die Großindustrielle, sich entschieden gegen seine Kandidatur erklärte. Seine hauptsächlichsten Gegner wären der Landtagsabgeordnete Dr. Böcking und Herr Popelins gewesen, gegen deren Willen Wassermann das Mandat nicht annehmen wollte. Armer Wassermann! Wie wäre es mit einer Villa in Italien neben Villino?

Die nationalliberalen Stimmen gegen Wassermann mehren sich überhaupt. Man sieht eben in dieser Partei immer mehr ein, daß die heutigen Führer der Nationalliberalen durch ihr Liebäugeln mit den Sozialdemokraten die Partei in Sumpf gebracht haben. So schreiben die nationalliberalen Monatsblätter recht deutlich:

„75 Prozent unserer Reichstagsmitglieder verbanden wir der bürgerlichen Solidarität gegenüber der Sozialdemokratie, nur ein ganz verzeigter politischer Major und Babanque-Spieler kann die Erläuterung der Partei auf eine Karte legen, bei der die Aussicht auf Gewinn oder Verlust sich wie 1:4 verhält. ... Nachdem nun unsere Reichstagsfraktion das Spiel gegen das Zentrum verloren hat, belagern wir heute mit unserem blühendsten Kampf gegen die Reichsfinanzreform und gegen die Sozialdemokratie nur die Geschäfte der Sozialdemokratie. Wenn wir mit unserer Politik und unserer Parteiloyalität auf der Erde bleiben und nicht hochpolitischen graden Theorien nachhängen und nicht darüber nachgrübeln, was sein könnte, sondern klar aussprechen, was ist, dann müssen wir betonen, daß wir mit der liberalen Solidarität die alte allgemeine bürgerliche Solidarität nicht erzeugen können.“

Das sind sehr deutliche Worte, sie kommen besonders dann recht kräftig vor, wenn man sich erinnert, daß Wassermann und die Seinigen bisher immer erklärt haben, daß man von einem Linksabmarsch gar nicht sprechen könnte.

Ueber Grenzfragen in Kamerun verbreitet sich ein Pamphlet in der „Morgenpost“ sehr eingehend. Der Betreffende erzählt solch ungläubliche Dinge von der Behandlung der Eingeborenen, von der Ausbeutung und Zwangsarbeit derselben und von der Einführung schwarzer Weiber, daß das Reichskolonialamt genötigt ist, sofort eine Untersuchung zu veranlassen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Antwort des ungarischen Abgeordnetenhauses auf die Thronrede. Der Referent des Adressenbüros Ludw. Long legte eine Gegenentwurf für die Adresse zur Beantwortung der Thronrede vor. In derselben heißt es mit Bezug auf die auswärtigen Beziehungen: Mit inniger Genugtuung haben wir die Erklärung Sr. Majestät über die auswärtigen Beziehungen aufgenommen. Die Festigkeit des Dreieckbundes gereicht der ungarischen Nation zur größten Genugtuung und bildet ihren größten Stolz, weil nächst der Weisheit Sr. Majestät Ungarn stets die stärkste Stütze des Dreieckbundes gewesen ist.

Italien.

Die Deputiertenkammer nahm gestern den Gegenentwurf betr. den Elementarunterricht mit 216 gegen 58 Stimmen an und vertagte sich dann. Die katholischen Deputierten stimmten gegen das Gesetz, weil es den Übergang von der Gemeindefschule zur Staatschule einleitet und darin erblicken die Katholiken den Weg zur Entchristlichung der Schule. Wenn es die Regierung auch nicht gelten lassen will, das Gesetz hat — wie das „Rugener Vaterland“ schreibt — zwei Seiten, eine politische und eine administrative. Gegen die letztere haben die Katholiken nichts einzuwenden. Sie bestehen in der Forderung der Volksbildung durch die Befreiung des Analphabetentums, das wie eine Krankheit am Körper des italienischen Volkstums sitzt. Der nationale Aufschwung ist durch dieses Uebel zu einem wesentlichen Teile gehemmt, denn im Süden gibt es 50 und mehr Prozent Analphabete. Hier muß der Sabel angelegt werden. Das Phegma der Südländer, die unter dem heißen Strahl der Sonne sich nicht gerne in die Schulbänke zwingen lassen, muß in Verneiner umgewandelt und ihm das Interesse an der Bildung beigebracht werden. Das ist ein Problem, das nicht im Sandumstreben zu lösen ist. Finanzielle Mittel werden erforderlich, und die Gemeinden, bekanntlich alle mehr oder minder im Bereiche der Erderbehergungen gelegen, haben nicht die finanzielle Kraft, um die Anforderungen zu erfüllen.

Nun greift der Staat in solchen Fällen natürlich ein. Er will den Schulbetrieb in den betreffenden, durch das Analphabetentum verächtigten Provinzen übernehmen. Und da eine Ausnahmebehandlung für einzelne Provinzen nicht wohl angeht, soll der Staatsbetrieb auf andere Provinzen ausgedehnt werden. Zunächst ist eine Provinzialisierung der Schulen geplant, die natürlich jeden denkenden Menschen als eine Brücke zur Verstaatlichung erscheint.

So kommen nun die Katholiken in die Lage, sich gegen den Vorwurf verteidigen zu müssen, sie seien Feinde der Volksbildung, indem sie das „mochtliche Schulgesetz“ scheitern lassen wollten. Mit Recht erwidern die katholischen Deputierten, jede Wohltat müsse auch darauf geprüft werden, ob sie nicht eine üble Folge mit sich bringe. Das sei nun hier der Fall; die Unterführung der Gemeinden werde dazu beitragen, ihre Autonomie zu vernichten. Die Staatschule kann ja den Gemeinden auch in anderer Form direkt gegeben werden, die staatliche Uebernahme der Schule ist nicht nötig. Das Uebel des Analphabetentums darf nicht dazu herhalten, ein noch anderes viel größeres Uebel, die Vernichtung der Rechte der Familienväter, zu ermöglichen.

Frankreich.

Mobilisierung der Eisenbahnen gegen den Eisenbahnerstreik. Dem „Matin“ zufolge wurde die Durchführung des vom Kriegsminister gemachten Vorschlags, im Falle eines Eisenbahnerstreiks die Bediensteten und Arbeiter der Eisenbahnen unter die Fahnen einzuberufen, bereits in Angriff genommen. Das Rekrutierungsbureau des Seine-Departements hat den Auftrag erhalten, unverzüglich die Mobilisierungsbefehle für Eisenbahner vorzubereiten. Von dieser Mobilisierung würden etwa 150000 Eisenbahner betroffen werden.

Spanien.

Der Bischof von Madrid kritisierte scharf die Kirchen- und Schulpolitik der Regierung. Canalejas erwiderte: „Es gibt im Leben Augenblicke, wo man einen entscheidenden Schritt tun muß. Dieser Augenblick ist für Spanien gekommen. (Beifall.) Es gibt Leute, die meinen Sturz und ein konservatives Kabinett eroffen. Was liegt daran, früher oder später muß Spanien einen entscheidenden Schritt tun. Man kann ein eifriges Katholik sein, aber auch ein moderner Mensch, ohne Vorurteil und ohne Unversöhnlichkeit.“ Es ist ungläublich, mit welchen Sprüchen das Kulturkampfwerk des linksliberalen Ministeriums Canalejas drapiert wird, um es dem spanischen Volke und der Welt in schönem Gewande zu zeigen. Ueber die Tatsachen kommt man aber mit Sprüchen nicht hinweg und Tatsache ist eben, daß in der spanischen Kirchen- und Schulpolitik Kulturkampf betrieben wird. Von welchen Geistes Canalejas geleitet ist, zeigt am besten die Abschaffung des religiösen Charakters des Eides, d. h. die Aufhebung des Eides, denn ein Eid ohne Beziehung auf Gott ist kein Eid.

Antwort auf die Thronrede. Zu der am Montag in der spanischen Kammer (Kongress) eröffneten Debatte über die Thronrede legte das Ministerium Canalejas den Entwurf einer Antwort auf die Thronrede vor, der folgenden Abfah über die religiöse Frage enthält:

„Die Kammer ist von dem aufrichtigen Wunsch befeuert und begt auch die Erwartung, daß die Regierung das gegenwärtig zwischen dem Staate und dem heiligen Stuhle bestehende Abkommen beibehalt, ein Abkommen, das sich auf das Wohlwollen des Papstes gegenüber den spanischen Katholiken und die von der Regierung proklamirte Politik der Gerechtigkeit gründet. Diese Politik bedingt die gegenseitige Achtung beider Gewalten und schließt die Prärogative des Papstes an, ohne zu verletzen, daß die Verfassung des Konstantin und die Situation, die für die Kirche in Spanien besteht, ebenfalls anerkennt. Die Kammer verlangt jedoch, gestützt auf den ausgeprochenen Wunsch der öffentlichen Meinung, daß jener Situation getreue werde, die durch das außerordentliche Wachstum der religiösen Orden und Kongregationen geschaffen wurde. Sie verlangt, daß die einen wie die andern, ohne ihre geistige Freiheit zu beeinträchtigen, den von der öffentlichen Gewalt aufgestellten Regeln unterworfen werden. Sie verlangt, daß die Ausübung des Vereinsrechts geregelt werde. Die Kammer wünscht, daß die zwischen dem heiligen Stuhle und der Regierung schwebenden Verhandlungen wegen der Unterdrückung von Klöstern und religiösen Instituten, die für den Kultus nicht unerlässlich sind, bald und endlich zu einem Schlußse gelangt werden. Sie ist bereit, an der Reform des Vereinsgesetzes mitzuarbeiten, und stimmt ohne Vorbehalt dem Regierungsprogramm zu, das darauf abzielt, die Niederlassung neuer Kongregationen ohne Ermächtigung des Staates zu verhindern. Die Kammer beglückwünscht die Regierung dazu, dem Artikel 11 der Verfassung eine so weitestgehende Auslegung geben zu haben, als es die Verfassung und der Recht erlaubt, und die Achtung vor der Freiheit der Konfessionen und der Ausübung der Kulte proklamirte zu haben, Rechte, die in der zivilisierten Welt unbestritten sind.“

Die Formel ist so gehalten, bemerkt dazu das „Rugener Vaterland“, daß sie auch die Rechtsliberalen befriedigen soll und, nach ihren Aeußerungen zu schließen, auch zufrieden stellen wird, mit Aus-

nahme einer einzigen Stelle, die jetzt schon Widerstand auch in liberalen Organen findet. Die Unterdrückung der Klöster und Institute, „die für den Kultus nicht unerlässlich sind“, ist dieser Punkt. Mit dieser Formel können schließlich alle Klöster unterdrückt werden, denn der Kultus vollzieht sich in manchen Klöstern ohne Klöster. Die Rechtsliberalen fühlen, daß die Regierung, die den Mund mit Freiheitsphrasen so voll nimmt, hier recht unerschrocken ist. Den Ansprüchen aller anderen Geistesrichtungen will sie weit entgegenkommen, weitestgehend die Rechte auslegen, nur der katholischen Kirche und der Entfaltung ihres religiösen Innenlebens Schranken ziehen. Dagegen wird die konservative Partei mit aller Energie auftreten. Der „Times“ wird unter dem 2. Juli aus Madrid berichtet:

„Es ist keineswegs sicher, daß alle spanischen Liberalen vom Kulturkampf etwas wissen wollen. Sollte der konservative Führer Maura sich entschließen, seine Zurückhaltung aufzugeben und zur Opposition überzugehen, dann ist immer die Möglichkeit da, daß die liberalen Reihen gespalten sind, ja noch mehr, daß er von ihnen zeitweilig getrennt für seine Truppen gewinnt. Canalejas spielt ein sehr gefährliches Spiel. Er möchte Grände haben, die man als Außenstehender nicht abschätzen kann, mit denen er seinen Erfolg berechnet. Glück ihm aber das Spiel nicht, dann wird er den spanischen Liberalismus wieder für eine geraume Zeit in die Dunkelheit zurückführen.“

Balkanstaaten.

Zur Kretafrage. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist in gut informierten Londoner Kreisen nichts davon bekannt, daß die Türken irgend welche Schritte bei den Signatarmächten des Berliner Vertrags unternehmen hat, die dahin abzielen, daß eine endgültige Lösung der Kretafrage gefunden werden möge. Weiter erfährt das Reutersche Bureau aus diplomatischer Quelle, daß die letzten Nachrichten aus Kreta beunruhigend lauten. Es steht fest, daß diejenige Partei auf der Insel, die darauf besteht, daß die muslimanischen Deputierten den Eid auf den König der Hellenen ablegen, an Stärke zunimmt, so daß es nicht unwahrscheinlich ist, daß es beim Zusammentritt der Nationalversammlung zu Unruhen kommen wird. Zurzeit schreiten die Beratungen unter den Signatarmächten über die Frage, wozu die Kriegsschiffe bei einem solchen Ereignis verwendet werden müssen, vorwärts. Obwohl noch keine formelle Entscheidung getroffen ist, hat man Grund zu der Annahme, daß, falls die Kreter sich in der ange deuteten Weise gegen die muslimanischen Deputierten verhalten, internationale Streitkräfte von den Kriegsschiffen werden gelandet werden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und darauf zu sehen, daß die Rechte des Sultans respektiert werden.

Athen, 6. Juli. Die französische Regierung hat den Kretern abermals geraten, sich den Wünschen der Mächte zu fügen.

England.

England und Deutschland. Der deutsche Volschaffer Graf Wolff Meternich mochte gestern der 25. Jahresfeier des Salons bei, dessen Mitglieder sich für Wissenhaft, Kunst und Literatur interessieren. Generalmajor Sir Alfred Turner, der den Vorkrieg führte, sagte in seinem Trinkspruch auf den deutschen Kaiser, die Macht Deutschlands sei auf die Förderung der Interessen des Friedens, nicht des Krieges gerichtet. Deutschland wünsche die Erhaltung des Friedens in freundschaftlichen und brüderlichen Beziehungen mit England zu leben. Das Gerüde über Abrüstung ist absurd, der Friede beruht auf der starken bewaffneten Macht. Der Volschaffer antwortete, es sei ihm eine höchst angenehme Pflicht, den Kaiser vor der warmen Aufnahme des Trinkspruches in Kenntnis zu setzen.

Italien.

Aus Marocco. Aus Fez wird vom 3. Juli gemeldet, der Sultan zeigte sich auf die Kunde von den kriegerischen Ereignissen im Tablaggebiet sehr niedergeschlagen. Auf Anraten des französischen Konsuls schickte er an Ma el Amin einen Boten, um ihm den Befehl zu überbringen, sofort umzukehren und sich nicht in Fez zu zeigen, da er sonst ins Gefängnis gesteckt würde. In der Umgebung des Sultans wird berichtet, Ma el Amin habe bereits den Befehl erhalten, Tizmit zu verlassen.

Jahresversammlung des kirchenge-schichtlichen Vereins der Erzdiözese Freiburg.

I.

Bruchsal, 6. Juli 1901. Es war eine große Zahl von Mitgliedern des kirchenge-schichtlichen Vereins und solcher, die es werden wollten, die sich heute nachmittag im geräumigen hellen Gartenaal des Schlosses zusammenfanden, um der Jahresversammlung beizuhöhen. Wohl 170 Personen mochten den weiten geräumten Hofsaal füllen; jedenfalls war die Versammlung seit vielen Jahren die bestbesuchte des Vereins. Die Versammlung war aber auch die stimmungsvollste; sagte man doch auf historischem Boden und waren doch die gehaltenen Vorträge nichts anderes als die Uebertragung dessen, was uns das herrliche fürstbischöfliche Schloß in stummer Pracht erzählt, in menschliche Worte.

Herr Prälat Rie g begrüßte die Versammlung, besonders die hochwürdigen Herren Dompropst und Domdekan aus Speyer, welche als Vertreter des dortigen Bischofs erschienen waren. Dann hieß er den Herrn Oberamtmann Weisser und Herrn Oberbürgermeister Stritt besonders willkommen. Der Verein zählte im letzten Jahre 952 Mitglieder; es fanden zwei Versammlungen, eine in Oberbunten und eine in Freiburg statt. Der bisherige Schriftführer Herr Professor Dr. Künzle legte nach neunjähriger offener Tätigkeit sein Amt nieder. An dessen Stelle wurde Herr Professor Dr. Keller auf Vorschlag des hochw. Herrn Dompropstes Weisse gewählt, ebenso wurde der Gesamtvorstand per Affimation wieder gewählt. Herr Oberbürgermeister Stritt und nach ihm Herr Oberamtmann Weisser dankten in kurzen Worten für die freundlichen Grüße und hießen die zahlreich erschienenen aufs herzlichste willkommen in Bruchsal.

Der ersten Vortrag hielt Herr Stadtpfarrer Wettker von Bruchsal über Fürstbischof Wilhelm von Walderdorf, den Nachfolger des Fürstbischofs Stritt. Der Vortrag verriet eine bis ins Einzelne gehende Vertrautheit mit der Geschichte dieses letzten der Fürstbischöfe von Speyer, unter

dem die alte Herrlichkeit der früheren Bischöfe auf immer ver schwand, weil eine neue Zeit mit rücksichtslosiger Faust über alle Rechte hinwegfuhr. Es war eine böse Zeit, als der Domherr Freiherr von Walderdorf, 58 Jahre alt, im Weitein eines laienlichen Abgeordneten im Jahre 1797 gewählt wurde. Die französische Revolution und ihre Folgen beunruhigten ganz Europa und französische Heere überzogen den Rhein. Um die Lage für den Neuge wählten noch unergüßlicher zu machen, befanden vom Vorgänger her noch Zwistigkeiten zwischen Bischof und Bürgerchaft, welche den Bau der Stadtmauer und Stiftungen betrafen. So friedfertig der neue Fürstbischof auch gefinnt war, es wollte ihm nicht gelingen, den Frieden wieder herzustellen trotz wiederholten Eingreifens von Wien aus durch päpstliche Patente. Letztere wurden vielfach nicht be achtet. Eine Hauptfrage des Fürstbischofs galt dem Seminar. Der neuen herabstufenden Zeit trug er Rechnung, indem er im Jahre 1798 die Pfründentätigkeit in seinem ganzen Gebiet aufhob. Inzwischen zwang ihn die ängere Lage, Bruchsal zu verlassen. Der Frieden von Campo Formio hatte in Wirklichkeit seinen Frieden gebracht. Seiner persönlichen Sicherheit wegen ging er im Februar 1799 nach Reichenau in Schwaben und dann nach Regensburg. Die Franzosen zogen während dieser Zeit ins Land und hielten auch in der Residenz Bruchsal; schließlich fehrte der Bischof wieder zurück. 1801 erfolgte der Frieden von Lunéville, der Anfang vom Ende; das ganze linke Rheinufer wurde an Frankreich ab getreten und die dadurch geschädigten deutschen Fürsten sollten an der rechten Rheinseite mit säkularisierten Landstrichen entschädigt werden. Der kaiserliche Schacher mit den Ländern begann und wurde durch den Reichsdeputationshauptschluss 1803 gesetzlich festgelegt. Das Gebiet der Fürstbischöfe von Speyer fiel an Markgraf Karl Friedrich von Baden, der übrigens bei Festsetzung des Zu wachses rücksichtslos vorgeing als andere Fürsten, besonders als Preußen. 1802 ging der Fürstbischof nach Frankfurt a. M.; die badiischen Truppen zogen in das neue Gebiet ein. Im November des Jahres wurde die Regierung von Baden übernommen. Der Wechsel vollzog sich nach außen hin anstandslos, wenn auch manche Beamten denselben nur ungern mit machten und dies ihrem früheren Herren gegenüber nicht verhehlten. Dieser tröstete sie mit dem Hinweis auf die Regententugenden des Markgrafen Karl Friedrich. Er selbst zog in das etwas ver währloste Schloss von Baginheim, von wo aus die weiteren Verhandlungen wegen der persönlichen Verhältnisse des Bischofs geführt wurden. Im Schluß zu Bruchsal mochte ein Teil der Familie des neuen Landesherren, die Hausaltungsstellen in Baginheim beliehen sich auf 12873 Gulden im Jahre. Es folgten nun äußerst unerquickliche Streitereien wegen der Ansprüche des säkularisierten Fürstbischofs. 1803 kam ein Vertrag darüber zustande, das der Bischof bekommen sollte. Werwüßlich genug bekam er von den Notaritäten der Fürstbischöfe nicht einmal die Bestorallen (Widowschuldenfreize), dagegen wurden ihm neben anderem Kram Flinten, Revolver z. zugegriffen. Baginheim wurde ihm als lebenslänglicher Wohnsitz zugewiesen. An Pension sollte er 44 000 Gulden beziehen. Es ist nun ein geradezu befehlendes Schauspiel, sehen zu müssen, wie sich der Bischof darum wehren muß, er and nur diese seine Pension bekomme, die man ihm fortwährend verweigern will, obwohl die Übernahme seiner Lände der reinste Willkürakt war. Die letzte Forderung, welche im Vertrag des Bischofs ausgesprochen, war die Erhaltung der Religion in seinem bisherigen Gebiet in ihrem bisherigen Bestand. Nachdem er vergeblich öfters einen Weis bischef verlangt hatte, starb der letzte Fürstbischof von Speyer im Jahre 1810. Seine Regierungszeit und seine letzten Lebensjahre waren mit Bitterkeit überfüllt. Dem Vortrag folgte lebhafter Beifall. Nachdem der Vorsitzende, Herr Prälat Krieg, gedankt hatte, ergriff der Großh. Bezirksbauinspektor Dr. Strick, a. H. der beste Kenner des Bruchsaler Schloßes, das Wort zu einem äußerst interessanten Referat über das Schloß.

Baden.

Karlsruhe, 7. Juli 1910.
Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. den ordentlichen Professor für Gebirgsmedizin Dr. August W. G. a. n. n. an der Universität Jena unter Ver weisung des Fiedels Geheimrat Hofrat zum ordentlichen Professor der Augenheilkunde und Direktor der Augen krankenanstalt, sowie den ordentlichen Professor Dr. Max W. i. a. n. an der Universität Basel zum ordentlichen Professor der Chirurgie und zum Direktor der chirurgischen Klinik an der Universität Heidelberg zu ernennen; ferner dem Privatdozenten für Zoologie Dr. Max A. u. e. r. b. a. n. d. zum Privatdozenten für Botanik Dr. Maximilian S. e. l. i. g. an der Technischen Hochschule Karlsruhe den Titel außerordentlichen Professor zu verleihen, den Re gierungsrat August L. a. u. b. bei der Generaldirektion der Eisenbahnen auf sein untertänigstes Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen.
Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Eisenbahnen wurden die Betriebssekretäre August A. e. e. m. p. in Offenburg nach Breisach, Albert L. i. n. h. e. r. in Breisach nach Offenburg, sowie die Betriebsassistenten Franz J. e. c. h. in Karlsruhe nach Medelsloh, Karl F. a. h. r. e. b. a. c. h. in Weisbaden nach Leuderslohheim und Emil W. i. f. f. e. r. in Gengenbach nach Heidelberg versetzt.

Erzupflos!

Die „Bad. Landeszeitung“ Nr. 305 richtet an den Abg. Dieterle folgende Anfrage:
In einer Zentrumsversammlung am 5. Juni in Würzburg, in welcher der Zentrumsabgeordnete Dieterle über die Landtagsarbeiten referierte, stellte in der Dis kussion Schwabmayer folgende die Aufschaffung eines „Hofwagens“ eingetretene sei. Abgeordneter Dieterle gab darauf die Antwort, es habe in dieser Angelegenheit Fraktionszwang vorgelegen; es hätten einige Zentrumsabgeordnete dafür, er habe aber dagegen gestimmt. Mit diesem Weisheit betriebte der Abgeord nete Dieterle natürlich seine rebellischen Wähler. Aber darüber gab er keine Auskunft, wann er — wie er be hauptet — gegen die Bewilligung des Hofwagens gestimmt hat. Es wäre doch interessant, zu erfahren, bei welcher Gelegenheit der Abg. Dieterle diese eigenartige Stellung eingenommen hat, von der bisher niemand etwas bekannt war? Bekannt ist nur, daß der Abg. Dieterle im Plenum für die Bewilligung des Hofwagens stimmte.

Wir glauben, es wäre für die „Bad. Landeszeitg.“ viel interessanter, wenn sie sich genauer darüber informieren würde, wann jene Versammlung in Würzburg und wann die Abstimmung im Landtag über den Hofwagen stattfand. Schon diese Fest stellung würde für die „Bad. Landeszeitg.“ zu einem Reizmittel führen, das der Erkenntnis gleich käme, daß sie wieder einmal in recht jeder Weise einen Zentrumsabgeordneten angereizt hat. Ferner raten wir ihr, sich ganz genau darüber zu erkundigen, ob und wie der Abgeordnete Dieterle in der Frage des Hofwagens abgestimmt hat. Sätte sie das ge tan, bevor sie ihre feste Anfrage stellte, dann wäre die Anfrage überhaupt unterblieben. Wir sind sicher, daß es gewisse liberale Gegner gibt, welche eine so leichtfertige und unbegründete Anfrage uninteressant, in der geradezu der verdeckte Vorwurf der Lüge liegt, nur mit einer gerichtlichen Klage beantwortet hätten.

Wenn die „Bad. Landeszeitg.“ im übrigen daran denkt, wie sie selbst vor anderthalb Jahren in der Abwehrfrage innerhalb weniger Stunden eine auch in der liberalen Presse vielfach „bewunderte“ Schwärzung von 180 Grad vorgenommen hat, dann wird sie wohl selbst einsehen, daß sie am allerwenigsten berufen ist, den Richter über andere zu spielen, denen sie, ohne richtig informiert zu sein, den verdeckten Vorwurf der Lüge macht. An solche Gegner ver schwendet man Noblesse.

Objektivität?

Der „Bad. Landesbote“ Nr. 153 schreibt:
Noch einer, der katholisch-theologische Universitätsprofessor Merle-Würzburg hält mit seinen Gegnern Abrechnung in einer jeden im Verlag von Reich u. Co., Berlin W. 9, erschienenen Schrift (Preis 4 M.). Diese ist betitelt: „Die kirchliche Auffassung im katholischen Deutschland“. In seinem Vorwort schreibt er:

„Der Anblick einer solch struppeligen Mähne kann mich in der Ueberzeugung von der Nichtigkeit meines Standpunktes nur bestärken. Die Mittel der Verdächtigung, der Verleumdung und der Stimmungsmache können nur bei charakterlosen Leuten den Erfolg der Einschüchterung haben; ich werde vor solchen Wesen nicht zurückweichen. Was man auch die mich vernichtenden Proklamationen geistigen und weltlichen Diplomaten zu durchsichtigem Zweck in die Hände spielen. Was man mir mit neuen Gegenkritiken drohen, bange machen gilt nicht.“
Wir glauben ja schon, daß dem „Bad. Landesboten“ nur die Schrift Merles gefällt, weil sie sich, sehr temperamental geschrieben, in manchen Punkten gut verwenden läßt im Sinne jener oberflächlichen Gegner, wie sie in der liberalen Presse meistens vertreten sind. Aber die allergrößte Objektivität verlangt vom „Landes boten“ schon im Interesse seiner Leser, daß er sich bei einem aufmerksamen Lektüre, daß es sich hier um einen wissenschaftlichen Streit über das sogenannte Auf ständesjahr handelt, in welchem die Meinungen heftig aufeinander prallen und daß Merles Schrift nur dann verstanden werden kann, wenn man die Schriften von Dr. Bösch „Ein historischer Aufsatz“ „Friede und Koenen, Gien, Ahrh“ und von Dr. Sigmüller „Wissenschaft und Glaube“ (im selben Verlag) gelesen hat. Der „Bad. Landesbote“ gibt sich eine schwere Mühe, wenn er mit seiner Entlohnung setzt, daß es ihm genügt, wenn einer anscheinend über gewisse Dinge und Personen schimpft, um ihm recht zu geben bzw. seine Schriften zu empfehlen. Das nennt man sonst „Bananaientum“.

Ausschluß der Öffentlichkeit in der Großlokalpolitik.

Der „Schwab. Merkur“ Nr. 303 schreibt:
„Wegen der Zugehörigkeit der liberalen Volks partei“ drohte zwischen dem nationalliberalen und dem demokratischen Parteivorstand eine heftige Auseinander setzung. Der Vorred der „Landeszeitg.“, die diese Sache nicht öffentlich zu behandeln, ist nun übererfüllt worden, sie an die Partei inszenen zu verweisen. Dr. Othmar hat seinerzeit vor der Gründung solcher Vereine gewarnt, und es scheint, mit vollem Recht. Leider hört und sieht man von dem Ober haupt der nationalliberalen Partei in den letzten Monaten gar nichts mehr. Es scheinen sich Schwierigkeiten ergeben zu haben, weil Dr. Othmar nicht mehr dem Landtag an gehört und doch als Aufrechter der Partei leiten soll, deren Entscheidungen naturgemäß während des Landtages in der Praxis zu erfolgen haben.“

Zum vorausschicklichen Wechsel im Ministerium

Schreibt der „Schwab. Merkur“ Nr. 302:
Es war bekanntlich längst in Aussicht genommen, daß Dr. Honell nach Schluß des Landtags einen Amts nachfolger erhalten solle. Nun hat er den Landtag nicht überlebt, aber an der ursprünglichen Absicht scheint fest gehalten zu werden, denn bereits meldet die „Karlsruh. Zeitung“ die landesheftige Entschliebung, daß Ministerialdirektor Göller bis auf weiteres mit der Stellvertretung betraut bleibt. Erst wenn der Landtag seine Arbeiten erledigt hat, aber vielleicht erst einige Zeit nachher, im August oder September, wird das Kabinett rekonstruiert werden, da von 4 Ministern 2 zu ersetzen sind. Es begreift sich, daß bei einer so beträch tlichen Umformung auch noch weitere Veränderungen ins Auge gefaßt werden. So will man wissen, daß der Staatsminister Dr. von Dusch sich aus Gesundheitsrück sichten nach Erleichterung seine und den Vorhitz im Kabinett abgeben wolle, um sich auf sein Postamt Ministerium zu beschränken. In diesem Falle würde Freiherr von Bodmann der nächste dazu sein. Staats minister (Ministerpräsident) zu werden. Nach anderer Personennennungen wird Freiherr von Dusch entweder sein Amt in bisheriger Umfang behalten oder ganz zurücktreten, womit obige Kombination nicht möglich er scheint. Ob Ministerialdirektor Göller das Finanz ministerium endgültig übernimmt, ob die Eisenbahnen wieder dem Finanzministerium unterstellt werden oder ob ein besonderes Verkehrsministerium geschaffen wird, von Freiherr von Marschall als Minister des Groß herzoglichen Hauses und des Auswärtigen zum Nachfolger erhält, und welche Dienstverweise diesem Nachfolger sonst noch zugebilligt werden könnten, darüber ist offenbar in den nächstfolgenden Kreisen noch keine bestimmte Meinung vorhanden. Auch über die Weisung der in der Generaldirektion frei werdenden Stellen hört man nur Vermutungen. Während in ähnlichen Fällen oft die kommenden Männer schon im voraus bekannt sind, ist der Fall hier so gelagert, daß man wird auf die Suche gehen müssen, um Männer zu finden, die befähigt und gewillt sind, unter den bestehenden schwierigen Verhält nissen dem Lande zu dienen.“

o Nach dem Sturz.

Der Sturz wegen der Baureferenten ist vorüber. Der „Volksfreund“ nimmt in seiner Nummer vom 6. Juli eine Vespredung der „Frankfurter Zeitung“ auf. Wir finden darin folgende Ausführungen beachtenswert: „Staatsrechtlich ist der Eisenbahnminister v. Worschall der zweiten Kammer gegenüber allerdings verantwortlich. Tatsächlich aber gilt als das treibende Element dieser Politik der Ministerialdirektor Schulz im Eisenbahn ministerium, der während der letzten kritischen Tage den

Kammerverhandlungen nicht bewohnt, so daß der Minister seinem Schicksal allein überlassen war. Ministerialdirektor Schulz wird vielfach als der kommende Mann und der künftige Eisenbahnminister angesehen. Indessen wird gerade auch dem vorgeworfen, daß es keine Politik sei, welche die Selbständigkeit der badiischen Eisenbahnen untergrabe und diese für eine Auslieferung an Preußen reif mache, so durch die verunglückte Personalarreform, durch den Abschluß eines Vertrags mit Preußen, über die Verwaltung der Main-Rodorbahn u. a. Hinter diese Mißstände ist die Volksvertretung bereits gekommen, dagegen herrscht allge mein noch die Ansicht, daß die Güterweggemeinschaft un erwartet großen Nutzen gebracht habe. Im allgemeinen hat sie Baden allerdings schätzenswerte Vorteile gebracht, aber nicht in dem so überauswichtigen Maße, wie das unter be sonderer Hervorhebung der preussischen „Salans“ regierungsseitig geriet wird. Die Vorteile der Güterweggemein schaft werden der Volksvertretung bis ins einzelne vor gerechnet, daß sogar die Prozenzabgaben angehen werden, um welche die Leerläufe sich bemühn haben, obgleich vor Einführung der Güterweggemeinschaft die Leerläufe in Baden überhaupt nicht notiert wurden.“

Offen gestanden, wir haben es nie begiligt, daß man Herrn v. Worschall vielfach mit offensichtlichen Kränkungen begegnet ist. Gehebrannt weiß, daß, was er zu vertreten hat, in der Hauptsache das Erbe aus einer anderen Zeit ist. Wenn er in so schwieriger Zeit seine Person wie seine Kraft zur Verfügung stellt, wenn er all die Sorgen und Widerwärtigkeiten auf sich nahm, so fordert unseres Erachtens die Gerechtigkeit, auch ein Wort der Anerkennung dafür zu haben.

Wenn zu der Last des Amtes dann noch häusliche Sorgen kommen, wenn ein Mann vom Erbebet seiner Gattin weg an die Regierungskasse im Nordend gehen muß, um in der schwierigsten Situation Rede und Antwort zu stehen, wenn ein Mann in dieser Lage jede Minute ausnahmslos auf seinem Posten steht, so haben wir doch Hochachtung, eines haben wir bedauert, daß seine Mäde, die doch die Lage kannten, während sie der Volksvertretung verborgen geliebten zu sein schied, es nicht als nobils officium betrachteten, ihren Gies zu bedenken.

Wir wollen unseren Lesern auch noch mitteilen, wie die „Bad. Landeszeitg.“ widertraft. Sie schreibt im Abendblatt vom Mittwoch:

„Badiische Politik.“ In Nr. 304 der „Bad. Adzeta“ ist verheißend das Wort von der „Reinlichkeit“ dem Abgeord neten Fehrenbach in den Mund gelegt worden, während es von Seiten des Abgeordneten Reumann sel. Abg. Fehrenbach hat ähnlichen Aussäßen durch andere sehr deutliche Worte Ausdruck verliehen.“

Der Badiische Lehrerverein

veröffentlicht folgende aus Baden-Baden, den 25. Juni, datierte und von den Vorsitzenden A. Baur und A. Konrad unterzeichnete Erklärung:
„Nach dem am 24. Juni erschienenen amtlichen Berichte über die Verhandlungen der badiischen Stände versammlung“ hat Herr Dr. Freiherr von Stöbingen in der 18. öffentlichen Sitzung der Ersten Kammer am 18. Juni d. J. u. a. ausgeführt: „Die Lehrer sollen in erster Reihe die Kunde von jedem Autoritätsgefäße er zeichnen. Dies ist heute von ganz besonderer Wichtigkeit. Die Lehrer selber aber sind belanglosere Weise zum großen Teil jedes Autoritätsgefäße los. Aus einem großen Teil ihrer Presse und aus manchen ihrer Ver sammlungen klingt als Grundton heraus: ni dieu ni maître. Ich will gewiß nichts verallgemeinern und anerkenne gerne, wieviele vorzügliche Kräfte in unseren Lehrerkollegien vorhanden sind, die Ausgeglichenen leisten für Staat und Kirche. Aber das die sozialistischen Grundanschauungen, diese radikalen Bestrebungen vor handen sind, kann kaum bestritten werden.“ Wenn auch Entgegenungen hin erklärte, daß er damit ein all gemeines Urteil über den gesamten badiischen Lehrerstand nicht gefällt habe und nicht fällen wollte, so verbleibt doch in diesen Behauptungen ein so reiches Maß un geprüelter, haltloser und verletzender Unterstellung, die wir namens des „Badiischen Lehrervereins“ auf das schärfste zurückweisen müssen. Wie wenig Herr Dr. Frei herr von Stöbingen seine Äußerungen auf schätzbare Material, auf eigene Erfahrungen zu stützen vermochte, geht schon daraus hervor, daß er nach einem Einwande von anderer Seite seine Äußerungen gegen einen „großen Teil“ der Lehrerschaft nachher einzugestehen, daß er die vorherige positive Behauptung dahin umzuwandeln suchte, als ob ihm der Mangel an Autoritätsgefäße nur vorhanden zu sein „scheint“. Es kann darum Herrn Dr. Frhr. von Stöbingen der Vorwurf nicht erspart werden, daß er mit einer gewissen Leichtfertigkeit seine schwehren Vorwürfe gegen einen „großen Teil“ der Volksschullehrerschaft erhoben hat. Diese Leichtfertigkeit muß umso mehr befehlen, und umso tiefer bedauert werden, als der Herr Abgeordnete in seiner vorgelegten Sorge um die Erziehung der Jugend zur Autorität sich nicht vor Augen gehalten hat, daß seine unautorisierten Unterstellungen bei dem weniger informierten Teile des Volkes und damit auch bei der zu erziehenden Jugend die Autorität und das Ansehen der Lehrer und Berufs mäßigen Erzieher auf schwerste zu schädigen geeignet sind. Im Hinblick auf diese Wirkung, welche die Worte des Dr. Frhr. von Stöbingen hervorbringen müssen, legen wir — getrieben auf die wiederholte, warme Anerkennung der erfolgreichen Lehr- und Erziehungsarbeit der Volksschullehrer seitens der beruflichen Instanzen, der vorge setzten Dienstbehörden und der kirchlichen Prüfungs inspektoren — gegen eine solch unbegründete Verdäch tigung und Herabwürdigung eines „großen Teiles“ des badiischen Lehrerstandes die entschiedenste Verwahrung ein.

Man könnte gegen diesen Protest nicht viel sagen, ja man könnte ihn sogar sehr erfreulich finden, wenn der Badiische Lehrerverein auch schon einmal Gelegenheit genommen hätte, gegen Mißhandlungen von Lehrern und Lehrerzeitungen zu protestieren, wie sie Freiherr von Stöbingen offenbar im Auge hatte, und wie sie auch schon von Liberalen kritisiert wurden. Das fehlt leider bis auf den heutigen Tag.

Karlsruhe, 6. Juli. Eine Beratung des Wasser gesezes in dieser Landtagssession ist angeschlossen. Es wird daher die Verlängerung des Notesezes vom 2. September 1908 bis Ende 1912 vorgeschlagen.

Kleine badiische Chronik.

- + Mannheim, 6. Juli. Ein 22 Jahre alter Schmie d ist im Bezirk tödlich verunglückt.
- + Heidelberg, 6. Juli. Auf dem Friedhofe hat sich ein angeblich aus München angereister Fremder erschossen. Der Lebensmüde stand im Alter von 40 Jahren und gehört offenbar den besseren Ständen an.
- + Bahl, 6. Juli. Für die ausgeschriebene Stadt banm eiferstelle haben sich 54 Bewerber gemeldet.
- + Pfalzdorf, 6. Juli. Im Bureau des Edgewerks von Baur und Spindler wurde nachts eingebrochen und ein Betrag von ca. 2000 Mark entwendet.

Kirchliche Nachrichten.

H. Aus dem Mittellande, 6. Juli. Der hochw. Herr Pfarrer Grabherr ist in seiner Heimat Luffenau (Borsberg), wohin er sich zur Erholung begab, schwer erkrankt. — Der hochw. Herr Pfarrer J. W. Albrecht von Appenweier, der am 7. d. M. das silberne Priester jubiläum mit dem hochw. Staben feiern wollte, ist leider geworden, befindet sich aber wieder besser. — Hochw. Herr Pfarrer Edelmann aus Griesheim hat sich zur Kur nach Bad Wildungen begeben.

Lokales.

Karlsruhe, 7. Juli 1910.
Der Reichstanzler von Bethmann-Hollweg ist heute vormittag 9.30 Uhr hier eingetroffen.
= Jubiläumsgedächtnis der badiischen Studentenschaft. Wie schon gemeldet, wird heute (Donnerstag) die ge samte badiische Studentenschaft (Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe) einen Fadelzug in der hiesigen Residenz veranstalten. Der Fadelzug ist gedacht als Guldigung zu der bevorstehenden Feier der silbernen Hochzeit des Großherzogspaares.

Es ist folgende Zugordnung vorgesehen:
Gesamtzugordner zu Pferd: stud. elektr. Karl Ober mayer (Leinheim). Vertretung Kapelle des 1. Bad. Reio. Pzregiments Nr. 30 (Obermusikmeister Köhn). Schöpfer: Vorsitzender des Studentenausschusses der Universität Heidelberg: cand. med. Albert Steinhilf. Schöpfer: Vorsitzender des Studentenausschusses der Universität Freiburg: stud. med. Paul Angermann. Schöpfer: Vorsitzender des Studentenausschusses der Technischen Hochschule Karlsruhe: cand. math. Karl Müller. Zugleiter zu Pferd für Heidelberg: cand. forest. Karl Eichenloß (Gubertia). Engerer Zugleiter der Studentenschaft Heidelberg: Heidelberg Korporation. Musikkapelle der Unteroffizierschule Ettlingen (Ober musikmeister Gornath). Heidelberg Korporation. Zugleiter zu Pferd für Freiburg: cand. ing. Otto Wollfberger (Kulla). Vertretung Kapelle des 8. Bad. Feld artillerie-Regiments Nr. 60 (Musikmeister Schotte). Fest ausführung der Studentenschaft Freiburg. Freiburger Korporation in Wagen. Musikkapelle der Freiwilligen Feuerwehr (Kapellmeister Hellmuth). Freiburger Korporation in Wagen. Zugleiter zu Pferd für Karlsruhe: cand. ing. Adolf Pfeiler (Kobal, Ber.). Vertretung Kapelle des Feldartillerie-Regiments „Großherzog“ (1. Bad. Nr. 14 (Obermusikmeister Dieck). Festausführung der Studentenschaft Karlsruhe. Karlsruhe Korporation. Musikkapelle des Infanterie-Regiments Nr. 40 (Kapellmeister Sperling). Karlsruhe Korporation.

Der Zug nimmt um 8 Uhr abends am Durlacher Tor seine Aufstellung und bewegt sich durch die Kaiserstraße, Waldstraße zum Schloßplatz, von wo der Zug in drei Abteilungen bis direkt vor das Schloß zieht. Nach einer Ansprache und Ueberreichung von Glückwunschkarten erfolgt der Abzug durch die Karl-Friedrichstraße, Kriegstraße, Marktstraße, Amalienstraße, Kaiserplatz, Kaiserstraße zum Marktplatz, wo die Fadeln zusammengeführt werden.

= Vom Karlsruher Schützenfest. Oberförstermeister Prof. Otto Müller-Karlsruhe wurde einstimmig zum Präsidenten des badiisch-pfälzisch-mittelrheinischen Schützenbundes gewählt. Das nächstjährige 25. Jubiläums-Verbands festchen findet in Landau statt.

Vermischte Nachrichten.

Angstschicksale.
Stuttgart, 5. Juli. In Neutingen ist heute in der Trilogensabrik von Heilmann an einem vor Kurzem er bauten Wasserferroitor der Fessel gebrochen und drei daran beschäftigte Arbeiter sind in den Wasserbehälter gestürzt und ertrunken.

Mord.
Frankfurt a. O., 7. Juli. Gestern nachmittag wurde hier eine Blumenhändlerin ermordet aufgefunden. Vom Täter fehlt jede Spur.

Unfall beim Scharfschießen.
Bosen, 7. Juli. Auf dem Truppenübungsplatz zer sprang beim Scharfschießen des Rheiniger Königsregiment regiments der Drath, durch den die Schanze mittels Motor kraft bewegt wird. Oberst von Borsch, 2 Wghelbedel und 13 Mann wurden zum Teil schwer verwundet. Der Oberst wurde zu Boden geworfen und war eine zeitlang bewußlos. Er zeigte Wunderglähe ins Aine und in den Niden.

Mutige Namenstagsfeier.
München, 7. Juli. In Sollern kam es anlässlich einer Namenstagsfeier zwischen jungen Burken zu einer blutigen Kauererei. Man schlug mit den Messern aufeinander ein und demolierte die ganze Wirtschaft. Sämtlich blieben 6 Burken im Wute liegen.

Goshwasser.
Bern, 7. Juli. Infolge der anhaltenden Regengüsse schwellen auch in der Schweiz die Flüsse und Seen in bedrohlicher Weise an. Der Murtasee ist bereits über die Ufer getreten und überflutet weite Strecken des benachbarten Landes.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Paris, 6. Juli. Die „Académie de Médecine“ wählte den Professor F. Lehmann zum korrespondierenden Mitglied.

Moskau, 7. Juli. Kaiser Wilhelm hat der Stadt telegraphisch seinen Dank für den ihm zu Ehren errichteten Baulaststein und die besten Wünsche für das Gelingen der Stadt ausgesprochen.

Bergen, 7. Juli. Der Dampfer „Mainz“ mit der Jeppelinschen Vorexpedition an Bord ist bereits gestern in nördlicher Richtung in See gegangen.

Konstantinopel, 6. Juli. Nach einer Befragung des Boykottkomitees werden nach dem 5. Juli die in griechischen Schiffen verladenen Waren ohne Rücksicht auf die Nationalität des Warenbesizers nicht geladert werden. Das Komitee fordert alle Geschäfte auf, ihre griechischen Angestellten zu entlassen.

Personenwechsel in der Leitung der Kieler Werft. Berlin, 6. Juli. Vizeadmiral von Heedom ist von der Stellung als Oberverwalter der Kieler Werft entlassen und zur allerhöchsten Verfügung gestellt worden. Der Kapitän zur See Hentel, kommandiert zur Dienstleistung bei der Kieler Werft ist zum Oberverwalter bei dieser Werft ernannt worden.

Die kommenden Reichstagswahlen. Kiel, 6. Juli. Den Kieler „Neuesten Nachrichten“ zufolge sind zwischen dem Bunde der Landwirte und den Nationalliberalen in Schleswig-Holstein Verhandlungen über eine gegenseitige Unterstützung bei den nächsten Reichstagswahlen im Gange. Die Verhandlungen sind dem Abblasse nahe, der sehr bald erfolgen wird, da der Provinzialausschuss der nationalliberalen Partei einstimmig diese Forderung aufgegeben hat.

Ausweisung deutscher Familien aus Russland. Wilna, 7. Juli. Aus dem Bezirk Schitomir des hiesigen Gouvernements sind 30 deutsche Familien ausgewiesen worden, weil sie die russische Staats angehörigkeit noch nicht erworben hatten.

Handel und Verkehr.

Mannheim, 6. Juli. (Effekten-Börse.) Im Verkehr haben heute: Pfälzische Hypothekendarlehen...

Hamburg, 6. Juli. Schlußkurse. Kaffee good average Santos per Juli 36, per Sept. 36...

Karlsruher Standesbuch-Auszüge. Geburten: 28. Juni. Frieda Anna Nina, Vater Heinrich...

Tages-Kalender. Donnerstag, den 7. Juli 1910. Rath Jugendverein der Oststadt. 8 Uhr Versammlung...

Juli-Sonderfahrten nach London nach Paris. Japanische Ausstellung mit Brüssel, Weltausstellung...

Herbst-Wallfahrt des Deutschen Lourdesvereins. Vater Zug: Von Köln 20. August, nachmittags über Coblenz nach Trier...

XXIV. Verbands-Schiessen Karlsruhe 1910 des Badischen Landes-Schiessenvereins...

Triberg 700-1000 M. u. d. M. Höhenkurort i. R. Mittelpunkt der bad. Schwarzwaldbahn...

Erholungsheim Siebenlinden 600 m ü. M. in Lauterbach im württ. Schwarzwald.

Remstal-Sprudel und Natürl. Beinsteiner (Stilles Wasser) Mineral-Tafelwasser I. Ranges.

Altar, in diesem Jahre zum erstenmal bei der Fronleichnamspredigt in Pforzheim aufgestellt war...

Tarif für die Beförderung von Reisegepäck vom Bahnhof nach der Stadt und umgekehrt durch die amtliche Gepäckbeförderer.

Werner & Gärtner Aml. Gepäck- und Expresgut-Beförderer der Gr. Bad. Staatsbahnen.

Grundstücks-Zwangsversteigerung. Nr. 12489. Im Verfahren der Zwangsversteigerung soll das unten beschriebene...

Neues Delikatess-Sauerkraut - nur selbstgemachte Prima-Ware - ist von heute an zu 15 Pfennig das Pfund...

Gebrüder Hensel. Waagenschlosser und Monteure für Bräudenwaagen.

Jean Schotthöfer, Waagenfabrik, Schifferstadt (Rheinpfalz). Badische Invaliden-Geldlose, Ziehung am 14. Juli.

Kathol. Arbeiter-Verein Karlsruhe. Heute Donnerstag, den 7. Juli, 9 Uhr, Zusammenkunft im Café Roman...

Stadtgarten-Theater. 7. Vorstellung. Donnerstag, den 7. Juli 1910, abends 8 Uhr.

Der Graf von Luxemburg. Operette in 3 Akten von H. M. Willner und B. Bodansky.

Gute Hypothekengesuche. I. und II., für hier und auswärts offeriert kostenfrei für Geldgeber.

20000 Mark. I. Hypothek, auf Anweisen im Werte von 35000 M. zum 1. Oktober oder 1. November gerichtet.

verheiraten. Werte Angebote von Damen, die diesem erheben Geluch näher treten möchten...

Lehrmädchen für Kleidermacherei. kann eintreten Philippstraße 5, Müller.

Haushaltungs-Pensionat St. Franziskushaus, Abt. St. Clara in Karlsruhe, Grenzstraße Nr. 7.

Zu prompter und billiger Ausführung von Trauerbriefen, 4° und 8°, Danksagungskarten...

Nächste Woche! Ziehung sicher 14. Juli. Bad. Invaliden-Geld-Lotterie 44000 M. Hauptgewinn 20000 M.

Bildschön macht ein raffines, jugendlicheres Aussehen und ein reiner, sarter, schöner Teint.

Mandoline-Unterricht gegen geringe Vergütung wird erteilt in d. Abendstunden.

Zu prompter und billiger Ausführung von Trauerbriefen, 4° und 8°, Danksagungskarten...